

Sind deutsche Jugendliche besonders ausländerfeindlich?

Ergebnisse aus dem internationalen Civic Education-Projekt der IEA

Detlef Oesterreich

Seit der deutschen Vereinigung sind Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu zentralen Problemen geworden. Beides gab es zwar auch schon vorher, aber nach 1989 ist es zu einem dramatischen Anstieg rechtsextremer Vorfälle und von Gewalt gegen Migranten gekommen. Die Gewaltwelle hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1993, fiel danach deutlich ab, um ab 1996 wieder stark anzusteigen. Dies zeigen die Bundesverfassungsschutzberichte der Jahre 1990 bis 2001.

Die Zunahme rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Tendenzen ist keineswegs ein spezifisch deutsches Problem, denn rechtsextremistische Parteien in anderen europäischen Ländern (die Neofaschisten in Italien, der Front National in Frankreich, der Vlaamse Block in Belgien usw.) haben sehr viel mehr Abgeordnete in den jeweiligen Parlamenten als die Rechtsextremisten in Deutschland. Dass dennoch die Themen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit soviel Aufmerksamkeit erhalten, ist vor allem vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zu verstehen. In der Medienöffentlichkeit des Auslandes wird der Anstieg rechtsextremistischer Tendenzen als neuer deutscher Nationalismus diskutiert mit der impliziten Sorge einer Wiederkehr des Nationalsozialismus.

In Deutschland wurde aufgrund der Tatsache, dass die größte Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern zu beobachten ist, teilweise versucht, dies als eine Spätfolge des realen Sozialismus zu verstehen. Die autoritäre Kontrolle dort hätte die Menschen deformiert, und aus ihnen käme nun der jahrelang erzeugte, aber unterdrückte Hass heraus. Andere Erklärungen fokussieren auf die Krisensituation nach der Wende, die enttäuschten Erwartungen sowohl im Osten wie im Westen und die Identitätsprobleme, die die Ostdeutschen im vereinigten Deutschland haben (Oesterreich 1993, 2001; Shell-Studie, 2000; Winkler, 2001).

In Umfragen des Eurobarometers in allen EU-Staaten aus den Jahren 1997 und 2000 zeigt sich bei einem sample von Erwachsenen in EU-Ländern überwiegend eine Akzeptanz von Migranten und von einer multikulturellen Gesellschaft. Die Deutschen liegen dabei allerdings zusammen mit den Österreichern deutlich unter dem Durchschnitt der Befragten aus anderen EU-Staaten. Die Analyse im Detail

zeigt, dass die geringe Akzeptanz von Migranten in Deutschland primär ökonomische Gründe hat. Kulturelle oder religiöse Gründe spielen eine deutlich geringere Rolle, obwohl auch bezüglich solcher Gründe die Deutschen eine geringere Akzeptanz von Migranten zeigen als der EU-Durchschnitt. (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, 2001).

Wir wollen solchen Differenzierungen in den Einstellungen von Jugendlichen nachgehen. Neben der Frage, wie ausländerfeindlich deutsche Jugendliche im internationalen Vergleich sind, wollen wir aufzeigen, welche Gründe für die Ablehnung von Migranten für sie zentral sind und in welchem Maße es dabei zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen sowie Mädchen und Jungen Unterschiede gibt.

Das Civic Education Projekt der IEA

Das Civic-Education-Projekt der International Society for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) vergleicht die politische Bildung von Jugendlichen in 28 Ländern. In allen an der Untersuchung teilnehmenden Ländern wurden in repräsentativen Erhebungen Jugendliche der Altersgruppe 14 bis 15 Jahre befragt (in Deutschland knapp 4000; insgesamt 94000). Die Untersuchung fand 1999 statt (Torney-Purta, Schwille und Amadeo 2001; Oesterreich 2002).

Der empirischen Erhebung war eine breit angelegte Vorbereitungsphase vorangegangen. Sie diente der Analyse der Situation der politischen Bildung in allen teilnehmenden Ländern und der Entwicklung eines gemeinsamen Fragebogens. Die Ergebnisse der 1. Phase wurden in Fallstudien zusammengefasst. Sie geben eine Übersicht über die Rahmenbedingungen und die zentralen Ziele politischer Bildung in den beteiligten Ländern (Torney-Purta, Schwille und Amadeo 1999; Händle, Oesterreich und Trommer 1999).

Für die Befragung wurden drei Schwerpunktthemen ausgewählt: Demokratie, Nation und Umgang mit Minderheiten. Untersucht werden diese Themen auf den Ebenen des politischen Wissens, der politischen Einstellungen und der politischen Handlungsbereitschaft. In Deutschland haben wir zusätzlich politische Apathie, Einstellungen zur politischen Gewalt, zum Rechtsextremismus und zu demokratische Kompetenzen erfasst.

Ein zentrales Ziel der IEA Studie Civic war, das politische Wissen von Schülern und Schülerinnen am Ende ihrer Schulzeit zu erheben. Da in einigen der teilnehmenden Ländern aber nur bis zum Alter von 14 Jahren Schulpflicht besteht, wurde entschieden, Jugendliche in derjenigen Schulstufe zu befragen, in der sich zum Untersuchungszeitpunkt (Frühjahr 1999) der überwiegende Anteil der 14-jährigen befand. In Deutschland und in den meisten anderen Ländern sind dies die 8. Klassen.

An der empirischen Untersuchung haben sich reiche westliche Industrienationen sowie Hongkong, ärmere Länder im Süden und osteuropäische Länder beteiligt. Hinzu kommen zwei südamerikanische Länder sowie Hongkong.

Für die Untersuchung wurden in allen teilnehmenden Ländern repräsentative Stichproben gezogen. Das Verfahren der Stichprobenziehung wurde von der Third International Mathematics and Science Study (TIMSS) übernommen (siehe hierzu Torney Purta u.a. 2001). Es wurden nicht einzelne Personen sondern ganze Klassen

in die Stichprobe aufgenommen. Insgesamt wurden in allen an der Untersuchung teilnehmenden Ländern rund 94000 Schüler befragt. Die Stichprobe der deutschen Untersuchung umfasst in Daten bereinigter Form 3700 Schüler. Da drei Bundesländer die Genehmigung der Untersuchung abgelehnt haben (Niedersachsen, Bremen und Hessen) und ein Bundesland die Untersuchung nur für die Haupt- und Realschulen zugelassen hat (Baden-Württemberg), ist die Stichprobe nicht für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativ sondern nur für die an der Untersuchung beteiligten Bundesländer. Die Ablehnungen einiger Bundesländer beruhen auf datenschutzrechtlichen Bedenken und dem Vorwurf einer mangelnden curricularen Validität des Wissenstests für die jeweiligen Bundesländer (siehe hierzu Oesterreich 2002).

Der Fragebogen wurden von den Forschern und Forscherinnen der teilnehmenden Länder in Kooperation mit dem internationalen steering committee unter der Leitung von Judith Torney-Purta entwickelt. Grundlage für diese Entwicklung waren gemeinsam in der 1. Phase des Projekts getroffene Festlegungen über die Inhalte und die Methoden ihrer Erfassung. Der Fragebogen wurde in Englisch formuliert und dann in die jeweiligen Landessprachen übersetzt. Die Übersetzungen wurden von einem unabhängigen Übersetzer ins Englische rückübersetzt, um sicherzustellen, dass durch die Übersetzungen keine entscheidenden Veränderungen der Aussagen stattgefunden haben.

Wir wollen uns im Folgenden mit dem Thema der Gleichstellung von Migranten beschäftigen. Für eine umfassende Darstellung der Befunde sei auf die internationale und die nationale Publikation verwiesen (Torney-Purta u.a. 2001; Oesterreich 2002).

Ausländerfeindlichkeit deutscher Jugendlicher im internationalen Vergleich

Mit der Gleichstellung von Migranten in der nationalen Gesellschaft beschäftigen sich im Rahmen des Civic Education Projekts zwei Themenkomplexe des Fragebogens. Da die Items zu den Rechten von Migranten sich in den beiden Themenkomplexen nicht konzeptionell unterscheiden, werden sie in der folgenden Analyse zusammen behandelt.

Bevor wir auf Ergebnisse im Detail eingehen, ist eine Vorbemerkung erforderlich, die sich auf ein Übersetzungsproblem bezieht. Im englischen Originaltext wird nicht von Ausländern (foreigners) gesprochen, sondern von „immigrants“ und von „ethnic groups“. „Ethnische Gruppe“ ist (wie wir auch im Pretest feststellen konnten) in Deutschland kein gängiger Begriff und 14-Jährigen weitgehend unbekannt. Aber auch die Begriffe „Immigranten“, „Migranten“ oder „Einwanderer“ konnten nicht gewählt werden, weil sie zwar in der wissenschaftlichen Diskussion, kaum jedoch in der öffentlichen Diskussion und in der Alltagssprache von Jugendlichen üblich sind. Zudem wird unter Einwanderern in Deutschland nicht dasselbe verstanden wie in englischsprachigen Ländern. Wir haben deshalb in Absprache mit der IEA für beide Gruppen in Deutschland den Begriff „Ausländer“ gewählt.

Man wird davon ausgehen können, dass die von uns befragten Jugendlichen im Jahre 1999 unter Migranten einerseits in Deutschland lebende und arbeitende Min-

derheiten (wie Türken und Polen), andererseits Asylbewerber oder Kriegsflüchtlinge (insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien) verstehen.

Die Einstellungen der Mehrheit der deutschen Jugendlichen zu den Rechten von Migranten sind insgesamt positiv, wenn auch im internationalen Vergleich deutlich weniger Jugendliche in Deutschland deren Gleichstellung zustimmen.

Bei der mit dem internationalen Durchschnitt verglichen insgesamt negativeren Haltung der deutschen Jugendlichen gegenüber Migranten ist zu unterscheiden zwischen den Antworten auf Items, die grundlegende Rechte von Migranten ansprechen, und Items, die mehr spezifische Sonderinteressen thematisieren.

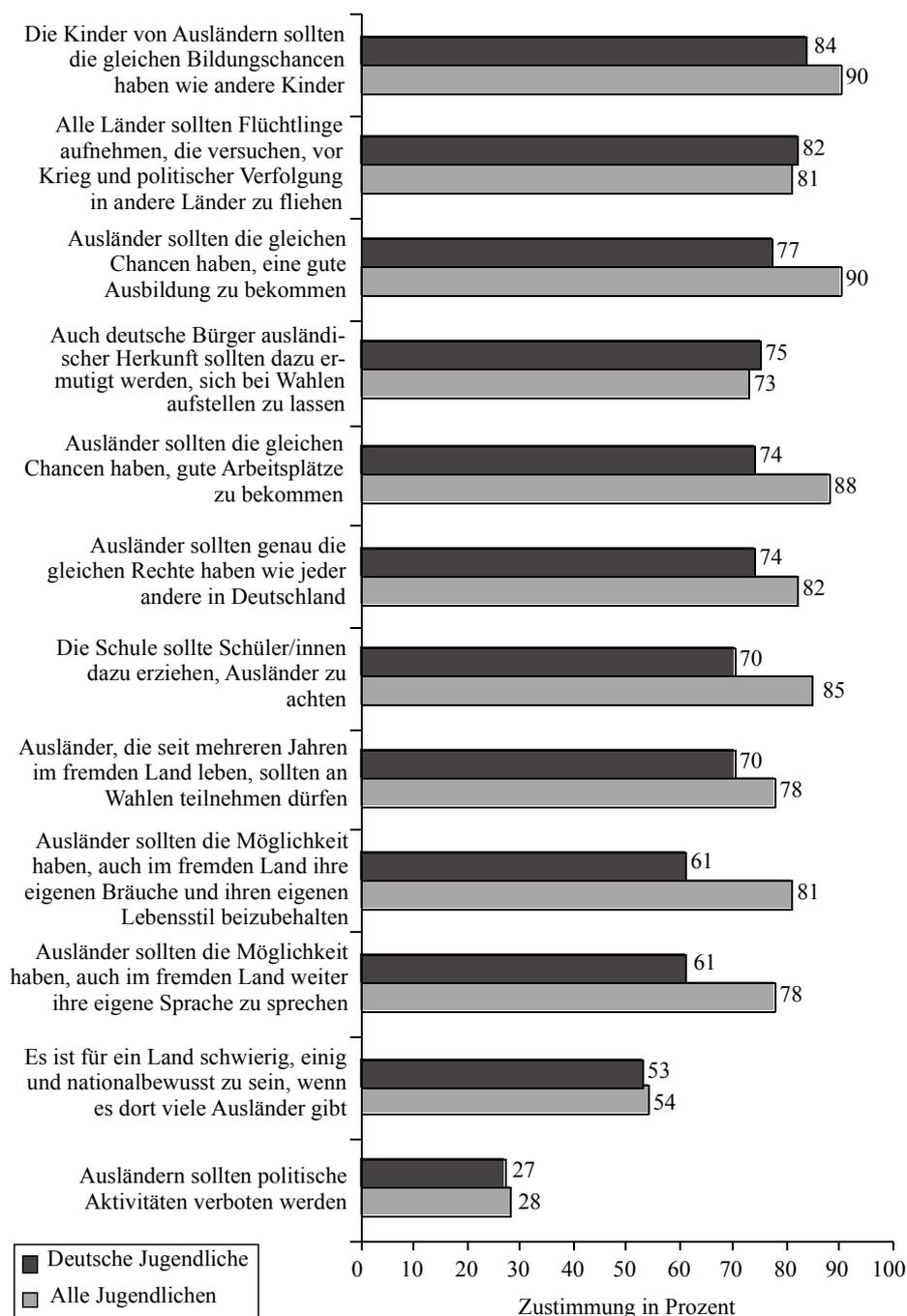
Deutsche Jugendliche sind besonders bei den Arbeitsmarkt betreffenden Themen und dem Thema einer kulturellen Eigenständigkeit Migranten gegenüber sehr viel weniger positiv eingestellt als die Jugendlichen anderer Länder. Die Differenzen zum internationalen Durchschnitt liegen bei bis zu 20 Prozentpunkten.

Bezüglich der politischen Rechte von Migranten antworten deutsche Jugendliche dagegen nicht wesentlich anders als der internationale Durchschnitt. Auch das Item, das die Forderung enthält, Deutsche und Ausländer sollten die gleiche Rechte in Deutschland haben, wird vergleichsweise positiver beantwortet (nur 8 Prozentpunkte Differenz) als Items zu kulturellen Rechten von Migranten und ihren Rechten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zustimmung zu formalen politischen Rechten bedeutet praktisch wenig für das eigene Handeln und für die eigenen Werte, Berufs- und Lebenspläne oder -chancen. Migranten können als Minderheit nur wenig Einfluss in der Politik haben, ihr Wahlrecht kann sich nur begrenzt für eine Gleichstellung und soziale Integration auswirken. Kulturelle Eigenständigkeiten von Migranten und Rechte auf dem Arbeitsmarkt berühren die Lebenschancen und die Alltagserfahrungen von Jugendlichen dagegen unmittelbar.

Diese Interpretation entspricht der in dieser und anderen Untersuchungen gefundenen Diskrepanz bei deutschen Jugendlichen zwischen der Zustimmung zu formalen moralischen und rechtlichen Prinzipien und einer geringen individuellen Bereitschaft, zugunsten ihrer Realisierung in ihrer persönlichen Lebenssituation Einschränkungen in Kauf zu nehmen und sich dafür zu engagieren (siehe von Borries 1999, Oesterreich 2002). In Übereinstimmung damit kann auch die große Zustimmung der deutschen Jugendlichen zur Forderung einer Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten gesehen werden. Bei diesem Item, das eine allgemeine Menschenrechtsforderung enthält, ist die Zustimmung der deutschen Jugendlichen sogar um einen Prozentpunkt größer als die des internationalen Durchschnitts.

Abbildung 1: Einstellung zu den Rechten von Migranten



Ein Vergleich unserer Daten mit denen des Eurobarometers aus dem Jahre 2001 zeigt, dass deutsche Erwachsene Migranten gegenüber noch ablehnender eingestellt sind als die von uns befragten Jugendlichen der Altersgruppe 14 bis 15. Zugleich bestätigen die Ergebnisse des Civic-Education-Projektes im Eurobarometer sichtbar werdende Differenzierungen. In beiden Untersuchungen haben ökonomische und kulturelle Gründe für eine Ablehnung von Migranten in Deutschland einen zentraleren Stellenwert als politische. Die Differenzierung bei einer Ablehnung von Migranten zwischen kulturellen und ökonomischen Gründen, die im Eurobarometer deutlich wird (ökonomische Gründe haben einen höheren Stellenwert als kulturelle), zeigt sich in der Gesamtgruppe der 14-jährigen deutschen Jugendlichen nicht. Wie wir bei der Diskussion der Unterschiede zwischen Jugendlichen aus den alten und den neuen Bundesländern allerdings gleich sehen werden, gibt es eine solche Unterscheidung zwischen Ost und West.

Im Vergleich zu den Daten des ersten Civic-Education-Projektes der IEA Anfang der 70er-Jahre zeigt sich, dass deutsche Jugendliche heute im internationalen Vergleich ausländerfeindlicher sind als damals. Während die Zustimmung zu Migranten im eigenen Land bei den deutschen Jugendlichen damals über dem internationalen Durchschnitt lag, liegt sie heute deutlich darunter (vgl. Torney u.a. 1975).

Neuere international vergleichende Jugendstudien kommen zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie das Civic-Education-Projekt (vgl. hierzu von Borries 1999 und Kaase und Newton 1995).

Die hier dargestellten Ergebnisse zu den Rechten von Migranten schließen alle befragten Jugendlichen ein, also auch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dies gilt für alle an der Untersuchung beteiligten Nationen. Da die in einer Gesellschaft lebenden Migranten wahrscheinlich in stärkerem Maße für ihre Rechte eintreten werden, als die nationale Bevölkerungsmehrheit ihnen zugesteht, dürften die Durchschnittswerte einer positiven Einstellung zu den Rechten von Migranten leicht positiv überschätzt sein.

Wir haben dies für die deutsche Untersuchungspopulation überprüft. Das Ergebnis ist, dass je nach Definition von „Ausländern“ die Einstellungen von Migrantenkindern unterschiedlich stark von denen der deutschen Jugendlichen abweichen. Die relativ kleine Gruppe von Jugendlichen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hat (7.9 Prozent), ist den Rechten von Migranten sehr viel positiver gegenüber eingestellt als deutsche Jugendliche (über 20 Prozentpunkte Differenz), während die vergleichsweise große Gruppe der nicht in Deutschland geborenen (19.4 Prozent der Untersuchungspopulation) sich in ihrer Haltung zu den Rechten von Migranten nur mäßig von deutschen Jugendlichen unterscheidet (6 bis 9 Prozentpunkte).

Damit sind die Effekte für die Antworten der Gesamtgruppe gering: Die Gruppe der Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Antworten sich stark von denen der deutschen Jugendlichen unterscheiden, ist nur klein und die größere Gruppe der nicht in Deutschland geborenen Jugendlichen unterscheidet sich sehr viel weniger in ihren Ansichten. Würde man für die Antworten der deutschen Jugendlichen jeweils die Jugendlichen mit Migrationshintergrund weglassen, dann würde dies die Prozentzahlen der deutschen Population nur zwischen 1 bis 2 Prozentpunkten verändern.

Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland

In der ersten Untersuchung der IEA zur politischen Bildung von Jugendlichen Anfang der 70er Jahre wurde bei den deutschen Jugendlichen eine überdurchschnittlich positive Einstellung gegenüber Migranten gefunden (Torney u.a. 1975). Die Wiederholung eines solchen Ergebnisses war nach dem dramatischen Anstieg von Fremdenfeindlichkeit in den 90er Jahren nicht zu erwarten. Da die Ausländerfeindlichkeit der letzten Jahre insbesondere im Osten Deutschlands beobachtet wurde, hat es in der öffentlichen Diskussion Tendenzen gegeben, die Ausländerfeindlichkeit als ein spezifisch ostdeutsches Problem zu betrachten.

Die Daten des Civic-Education-Projektes zeigen, dass dies nur begrenzt richtig ist. Ostdeutsche Jugendliche sind zwar deutlich ausländerfeindlicher eingestellt als westdeutsche, westdeutsche Jugendliche sind aber dennoch ausländerfeindlicher als die Jugendlichen aus anderen reichen Industrienationen (siehe Tabelle 1). Wir beziehen uns für den internationalen Vergleich bewusst auf reiche Industrienationen, da in der Untersuchung Anfang der 70er Jahre nur Jugendliche reicher Industrienationen befragt wurden. Insbesondere bezüglich kultureller aber auch materieller Rechte sind die westdeutschen Jugendlichen ausländerfeindlicher eingestellt als die Jugendlichen anderer reicher Industrienationen, während bezüglich der politischen und allgemeinen Rechte sich nur geringe Unterschiede zeigen. Es sagen sogar 3 Prozentpunkte mehr westdeutsche Jugendliche als Jugendliche aus anderen reichen Industrienationen, dass Flüchtlinge, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen, aufgenommen werden sollten. Insgesamt aber haben die westdeutschen Jugendlichen ihre Position bezüglich der Gleichstellung von Migranten gegenüber der 1. Untersuchung zur politischen Bildung verschlechtert.

Trotz der gegenüber reichen Industrienationen größeren Ausländerfeindlichkeit der westdeutschen Jugendlichen sind die schlechten Ergebnisse der deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich in erster Linie auf die Antworten der ostdeutschen Jugendlichen zurückzuführen (siehe Tabelle 1). Ostdeutsche Jugendliche sind bezüglich sämtlicher Items zu den Einstellungen gegenüber den Rechten von Migranten ausländerfeindlicher eingestellt als westdeutsche. Bei keinem der verschiedenen Themenkomplexe der Erhebung des Civic Education Projekts sind die Differenzen zwischen Jugendlichen aus dem Osten und Westen Deutschlands größer.

Differenzierende Analysen des Ost-West-Vergleichs zeigen ein typisches Muster. Die Differenzen zwischen Ost und West sind besonders groß bezüglich der Rechte von Migranten auf dem Arbeitsmarkt (teilweise über 20 Prozentpunkte) und deutlich geringer bezüglich ihrer politischen Rechte und der Bereitschaft Migranten ihre eigene Kultur und Sprache zuzugestehen (5 bis 11 Prozentpunkte).

Diese Differenzen im Grad der Ablehnung von Migranten durch die ostdeutschen Jugendlichen zeigen, worum es bei ihrer stärkeren Ablehnung von Migranten in erster Linie geht. Es ist dies die Angst, dass Migranten Deutschen Arbeitsplätze und Bildungschancen wegnähmen, und erst sekundär kommt eine Sorge vor kultureller Überfremdung zum tragen.

Tab. 1 : Gleichstellung von Migranten

(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Reiche In- dustrienationen	Deutschland			Differenzen	
		alle	Ost	West	reiche Industrienationen – Westdeutschland	Ost – West
Allgemeine Rechte						
Ausländer sollten genau die gleichen Rechte haben wie jede/r andere	81	73	66	77	-4	-11
Die Schule sollte Schüler/innen dazu erziehen, Ausländer zu achten	80	70	60	74	-6	-14
Alle Länder sollten Flüchtlinge aufnehmen, die versuchen, vor Krieg und politischer Verfolgung in andere Ländern zu fliehen	81	82	79	84	+3	-5
Materielle Rechte						
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, eine gute Ausbildung zu bekommen	88	76	62	83	-5	-21
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, gute Arbeitsplätze zu bekommen	85	74	58	80	-5	-22
Die Kinder von Ausländern sollten die gleichen Bildungschancen haben wie andere Kinder	88	84	75	88	0	-13
Kulturelle Rechte						
Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch weiter ihre eigene Sprache zu sprechen	71	61	55	63	-8	-8
Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch ihre eigenen Bräuche und ihren eigenen Lebensstil beizubehalten	74	61	56	63	-11	-7
Politische Rechte						
Auch Bürger/innen ausländischer Herkunft sollten dazu ermutigt werden, sich bei Wahlen aufstellen zu lassen	74	75	69	77	+3	-8
Ausländern sollten politische Aktivitäten verboten werden	24	27	35	24	0	+11
Ausländer, die seit mehreren Jahren in unserem Land leben, sollten an Wahlen teilnehmen dürfen	77	69	66	71	-6	-5

Unter „reiche Industrienationen“ sind die folgenden 11 Länder der Untersuchung zusammengefasst: Deutschland, Schweiz, USA, Australien, England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Belgien (französischsprachiger Teil), Italien.

Die Gründe für die verstärkte Ablehnung von Migranten bei ostdeutschen Jugendlichen aufgrund ökonomischer Gründe dürften auf die im Osten viel höhere Arbeitslosenquote und die höhere Quote Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz zurückzuführen sein. Zwar gestehen die ostdeutschen Jugendlichen zu zwei Dritteln Migranten politische Rechte zu, diese Rechte sind für die Jugendlichen aber eher formale Rechte. Sie gehen wahrscheinlich davon aus, dass solche politischen Rechte keine weitreichenden Konsequenzen für ihre eigene Lebenssituation haben werden.

Gleiche Rechte bei der Arbeitsplatzsuche und auf dem Arbeitsmarkt schaffen dagegen eine materielle Konkurrenzsituation, auf die die Jugendlichen mit Ablehnung reagieren.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang der unmittelbar erlebte Konkurrenzdruck: 14-jährige Jugendliche an Gymnasien haben (zumindest dann, wenn sie das Abitur machen wollen) noch mehrere Jahre Zeit, bis sie sich in eine potentielle Konkurrenzsituation mit Migranten auf dem Arbeitsmarkt begeben müssen. Zudem gehen wahrscheinlich viele davon aus, an das Abitur ein Studium anschließen zu können, das die Arbeitsmarktproblematik in noch weitere Ferne rückt. Schließlich streben sie auch Ausbildungsgänge und Berufe an, in denen Migranten unterrepräsentiert sind. Schüler der achten Klassen an Hauptschulen, Mittel-, Regel- und Sekundarschulen, Realschulen sowie Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe müssen sich dagegen überwiegend in zwei Jahren auf dem Arbeitsmarkt platzieren und Ausbildungsberufe finden, in denen sie mit Migranten konkurrieren.

In der folgenden Tabelle haben wir einen Vergleich der Einstellungen zu den ökonomischen Rechten von Migranten nach Schulform vorgenommen. Für einen Ost-West-Vergleich haben wir das Gymnasium allen anderen Schulformen gegenübergestellt. Wir haben auf eine weitergehende Differenzierung der Schulform verzichtet, da ein Ost-West-Vergleich bezüglich einzelner Schulformen schwierig ist. So gibt es in den neuen Bundesländern fast gar keine Hauptschulen und auch nur wenige Realschulen, dafür viele Mittel- und Regelschulen, die Haupt- und Realschulen kombinieren. In den alten Bundesländern gibt es sehr viel weniger Schulen dieses Typus.

Tab. 2: Einstellungen zu gleichen Chancen für Migranten auf dem Arbeitsmarkt und für eine gute Ausbildung aufgeschlüsselt nach Ost-West und Schulform

(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, gute Arbeitsplätze zu bekommen			Die Kinder von Ausländern sollten die gleichen Bildungschancen haben wie andere Kinder in Deutschland			Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, in Deutschland eine gute Ausbildung zu bekommen		
	Ost	West	Differenz	Ost	West	Differenz	Ost	West	Differenz
Andere Schulformen	53	78	-25	70	86	-16	55	81	-26
Gymnasium	72	86	-14	91	92	-1	81	87	-6
Differenz	-19	-8		-21	-6		-26	-6	

Der Vergleich der Differenzen zwischen Jugendlichen an Gymnasien und anderen Schulen zeigt, dass die Schüler, die bald mit Migranten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert werden könnten, generell weniger bereit sind, diesen gleiche Chancen einzuräumen (vgl. Tab. 2). Dies ist kein neues Ergebnis und könnte auch einfach nur die geringeren Vorurteile Gebildeterer gegenüber Migranten widerspiegeln. Die Differenz ist aber bei den Jugendlichen im Osten mit zwischen 19 und 26 Prozentpunkten Differenz deutlich größer als im Westen mit nur 6 bis 8 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis steht in Übereinstimmung mit der These, dass ostdeutsche Jugendliche, die bald ins Arbeitsleben einsteigen, den Konkurrenzdruck auf dem Arbeits-

markt durch Migranten stärker erleben als westdeutsche. In Übereinstimmung damit steht, dass bei den Gymnasiasten die Ost-Westdifferenzen sehr viel geringer sind als bei den Schüler und Schülerinnen anderer Schulformen. Für sie stellen Migranten keine Konkurrenz dar. Zwar gibt es gerade im Osten Deutschlands weniger Migranten als im Westen, ihre Anzahl wird jedoch dramatisch überschätzt (Dicke u.a. 2001).

Ganz ähnliche Ergebnisse zum Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und beruflicher Perspektive haben vier im Abstand von jeweils zwei Jahren (1991 bis 1997) durchgeführte Studien mit Ost- und Westberliner Gymnasiasten und Berufsschülern gefunden (Oesterreich 2001). Die Ausländerfeindlichkeit (im Rahmen eines Rechtsextremismusmaßes erhoben) variiert über sieben Jahre hinweg bei den Ostberliner Berufsschülern in deutlich stärkerem Maße mit der ökonomischen Entwicklung als bei den Ostberliner Gymnasiasten und den Westberliner Berufsschülern oder Gymnasiasten. Ausländerfeindliche Orientierungen steigen bei den Ostberliner Berufsschülern bis 1993 stark an, verringern sich bis 1995 und steigen bis 1997 wieder an. Damit liegen die ausländerfeindlichen Einstellungen der Ostberliner Berufsschüler parallel zur ökonomischen Entwicklung im Osten Deutschlands.

Ausländerfeindlichkeit bei Jungen und Mädchen

Über alle Items hinweg, die sich mit den Rechten von Migranten in der deutschen Gesellschaft befassen, räumen ihnen Mädchen mehr Rechte ein als Jungen (siehe Tabelle 3). In besonders starkem Maße gilt dies für die politischen Rechte von Migranten.

Eine positivere Einstellung von Mädchen gegenüber Migranten findet sich in fast allen an der Untersuchung beteiligten Ländern (Torney-Purta u.a. 2001). Auch schon die erste Civic-Education-Studie Anfang der 70er Jahre hatte eine positivere Haltung von Mädchen Migranten gegenüber aufgezeigt (Torney u.a. 1975).

Die positivere Einstellung von Mädchen gilt gleichermaßen für die ost- wie die westdeutschen Jugendlichen. In der Kombination der drei Faktoren Qualifizierungsniveau der Schule, Wohnort in Ost oder West und Geschlecht ergibt sich, dass Mädchen im Westen Deutschland an Gymnasien um 30 bis 40 Prozentpunkte positiver Migranten gegenüber eingestellt sind als Jungen im Osten an anderen Schulformen.

Wir wollen im Rahmen einer Analyse mit dem Hierarchical Linear Model (HLM) diese Ergebnisse zusammenfassend darstellen (siehe Tabelle 4). HLM-Analysen sind Regressionsanalysen, die gegenüber herkömmlichen Regressionsanalysen die Möglichkeit bieten, Merkmale, die keine Individualmerkmale sondern Gruppenmerkmale sind, auf einer zweiten Ebene in die Regressionsanalyse einzugeben. Da im Civic-Education-Projekt ganze Schulklassen untersucht wurden, ist die Schulform eine Gruppenvariable, während Geschlecht und ein Wohnort im Osten oder Westen Deutschlands Individualvariablen sind. Die Zahl der voneinander unabhängig untersuchten Fälle ist also geringer als die Größe der Stichprobe suggeriert. HLM-Analysen berücksichtigen dies und laufen damit nicht Gefahr, dass Signifikanzen überschätzt werden.

Tab. 3: Gleichstellung von Migranten aufgeschlüsselt nach Geschlecht
(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Alle Befragten	Mädchen	Jungen	Differenz
Allgemeine Rechte				
Ausländer sollten genau die gleichen Rechte haben wie jede/r andere	74	78	71	+7
Die Schule sollte Schüler/innen dazu erziehen, Ausländer zu achten	70	75	65	+10
Alle Länder sollten Flüchtlinge aufnehmen, die versuchen, vor Krieg und politischer Verfolgung in andere Ländern zu fliehen	82	86	79	+7
Materielle Rechte				
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, eine gute Ausbildung zu bekommen	77	80	74	+6
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, gute Arbeitsplätze zu bekommen	74	79	69	+10
Die Kinder von Ausländern sollten die gleichen Bildungschancen haben wie andere Kinder	84	88	80	+8
Kulturelle Rechte				
Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch weiter ihre eigene Sprache zu sprechen	61	66	56	+10
Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch ihre eigenen Bräuche und ihren eigenen Lebensstil beizubehalten	61	66	57	+9
Politische Rechte				
Auch deutsche Bürger ausländischer Herkunft sollten dazu ermutigt werden, sich bei Wahlen aufstellen zu lassen	75	80	70	+10
Ausländern sollten politische Aktivitäten verboten werden	27	20	33	-13
Ausländer, die seit mehreren Jahren in unserem Land leben, sollten an Wahlen teilnehmen dürfen	70	76	64	+12

Die Analysen zeigen, dass alle drei Prädiktoren (Geschlecht, Ost-West und Schulform) signifikant zur Erklärung der unterschiedlich positiven Einstellungen zu den Rechten von Migranten im ökonomischen Bereich beitragen. Den stärksten Stellenwert bei allen drei Analysen hat die Variable Ost-West gefolgt vom Qualifizierungsniveau der Schule und dem Geschlecht.

Zwischen der Schulform und dem Wohnort im Osten oder im Westen Deutschlands ergibt sich eine signifikante Wechselwirkung. Sie besagt, dass die größere Ablehnung von Migranten im Osten in erster Linie auf die Gruppe der Nicht-Gymnasiasten beschränkt ist. Wie in Tabelle 2 deutlich wird, sind die Ost-West-Differenzen bezüglich der Ablehnung der Rechte von Migranten bei Jugendlichen an Gymnasien deutlich geringer (1 bis 14 Prozentpunkte) als bei Jugendlichen, die andere Schulformen besuchen (16 bis 26 Prozentpunkte). Dies verdeutlicht einmal mehr, dass das Problem der größeren Ausländerfeindlichkeit im Osten in aller erster Linie ein Problem von Jugendlichen ist, die bald auf Lehr- und Arbeitsstellen angewiesen sind und in Konkurrenz zu in Deutschland lebenden Migranten treten.

Tab. 4: HLM-Analysen zur Gleichstellung von Migranten im ökonomischen Bereich

(Beta-Regressionskoeffizienten)

	Level 1 Variablen		Level 2 Variable	
	Geschlecht Mädchen = 1 Jungen = 2	Ost-West Ost = 1 West = 2	Schulform And. Schulf. = 1 Gymnasium = 2	Interaktion Ost-West mit Schulform
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, in Deutschland eine gute Ausbildung zu bekommen	-.11	.24	.09	-.07
Ausländer sollten die gleichen Chancen haben, gute Arbeitsplätze zu bekommen	-.10	.26	.08	-.05
Die Kindern von Ausländern sollten die gleichen Bildungschancen haben wie andere Kinder in Deutschland	-.10	.18	.10	-.10

Die Koeffizienten sind auf dem 1-Prozentniveau signifikant, der Koeffizient in Höhe von .05 auf dem 5-Prozentniveau.

Gründe

Für das mäßige Abschneiden der deutschen Jugendlichen in der IEA-Vergleichsstudie zur politischen Bildung gibt es sicher viele Gründe. Hier wirken allgemeine gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die politische Kultur einer Gesellschaft und die konkreten Ausbildungsbedingungen von Jugendlichen zusammen. Man wird sowohl diskutieren müssen, inwieweit es in der deutschen Gesellschaft eine zu geringe soziale und politische Toleranz gibt, als auch, welche möglicherweise verstärkenden Gründe es dafür in den Ausbildungsbedingungen von Jugendlichen gibt.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass das deutsche Schulsystem in seiner organisatorischen Struktur einmalig ist: Es kombiniert ein Halbtagschulsystem mit einem stark selektiven Aufbau der Sekundarstufe. Beides ist hinderlich für soziale Integration und soziales und politisches Engagement, Grundelemente politischer Bildung. Die Halbtagschule erzeugt einen hohen Stoffdruck, der wenig Handlungsspielräume für soziales Lernen lässt. In Schulen mit Ganztagsbetrieb, wie es sie in den meisten Ländern gibt, sind die Möglichkeiten dafür schon rein zeitlich größer. Auch die sehr frühe Selektion im deutschen Schulsystem, das in der Regel Schüler und Schülerinnen bereits nach der 4. Klasse trennt und verschiedenen Schulformen zuweist, separiert Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft, Fähigkeiten und Interessen voneinander.

Zusammenfassung

Eine große Mehrheit der deutschen Jugendlichen gesteht Migranten gleiche Rechte und Chancen zu. Im internationalen Vergleich nehmen die deutschen Jugendlichen

allerdings den letzten Rangplatz ein. Deutsche Jugendliche sind Migranten gegenüber vergleichsweise ablehnender eingestellt, wenn es um die Akzeptanz von deren kultureller Eigenständigkeit oder deren Rechte auf dem Arbeitsmarkt geht. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist besonders für die ostdeutschen Jugendlichen, die insgesamt deutlich ausländerfeindlicher eingestellt sind als die westdeutschen, zentral für die Ablehnung von Migranten. Mehr Mädchen in Ost und West unterstützen die Gleichstellung von Migranten. Als Gründe für das mäßige Abschneiden der deutschen Jugendlichen müssen die spezifischen Rahmenbedingungen des deutschen Schulsystems diskutiert werden, die wenig förderlich für soziales Lernen sind.

Literatur

- von Borries, Bodo (1999). *Jugend und Geschichte. Ein europäischer Kulturvergleich aus deutscher Sicht*. Opladen, Leske+Budrich.
- Dicke, Klaus; Edinger, Michael; Hallermann, Andreas und Schmitt, Karl (2001): *Politische Kultur in Thüringen 2001: Jugend und Politik*.
http://www.gemeinsam-gegen-gewalt.de/infothek/download/th_monitor.pdf
European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Eurobarometer) 2001
- Händle, Christa; Oesterreich, Detlef und Trommer, Luitgard (1999). *Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I*. Opladen, Leske+Budrich.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (2000). 13. Shell-Studie. *Jugend 2000*. Opladen: Leske+Budrich.
- Kaase, Max und Newton, Kenneth (1995). *Beliefs in Government*. New York, Oxford University Press.
- Oesterreich, Detlef (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim, Juventa.
- Oesterreich, Detlef (2001). *Massenflucht in die Sicherheit? Zum politischen Verhalten autoritärer Persönlichkeiten Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse von vier empirischen Untersuchungen*. In: Loch, Dietmar und Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*. Frankfurt a. Main, edition suhrkamp.
- Oesterreich, Detlef (2002). *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland*. Opladen, Leske+Budrich.
- Torney, Judith; Oppenheim, A. N. und Farnen, Russell F. (1975). *Civic Education in Ten Countries*. Stockholm; Almqvist & Wiksell International.
- Torney-Purta, Judith; Schwille, John und Amadeo, Jo-Ann (Hrsg.) (1999). *Civic Education across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project*. Delft, Eburon Publishers.
- Torney Purta, Judith; Lehmann, Rainer; Oswald, Hans und Schulz, Wolfram (2001). *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. Amsterdam, Eburon Publishers.
- Winkler, Gunnar (2001). *Untersuchung des Sozialreports 2001. Zur Lage in den neuen Bundesländern*.

